

Aktionsplan Green Deal

Positionspapier Klimastreik Graubünden

Im August wurde der Aktionsplan Green Deal Graubünden veröffentlicht. Der Plan erarbeitet konkrete Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels im Kanton Graubünden. Grundsätzlich werden die Bemühungen der Regierung begrüsst, jedoch geht der Plan deutlich zu wenig weit und wird der Verantwortung Graubündens nicht gerecht.

CO₂-Budget

Bereits bei der Berechnung des verbleibenden CO₂-Budgets wurden Annahmen getroffen, die Graubünden ein zu hohes Budget zuteilen.

Indem das globale CO₂-Budget proportional zur Bevölkerung auf die Schweiz heruntergerechnet wurde, geht verloren, dass die Schweiz und somit auch Graubünden bereits vor 1990 sehr viel höhere Emissionen zu verantworten hatte. Die Schweiz konnte sich dadurch eine gute finanzielle Lage sichern und hat somit deutlich bessere Voraussetzungen, ein ambitioniertes Netto-Null-Ziel zu erreichen als viele andere Länder, die noch mitten in der Entwicklungsphase stecken. Der AGD muss diese Verantwortung wahrnehmen und das Budget deutlich tiefer ansetzen.

- Berücksichtigung der historischen Emissionen
- Wahrnehmung der guten Ausgangslage und der damit verbundenen Verantwortung

Indirekte Emissionen

Der Green Deal befasst sich ausschliesslich mit den Emissionen, die auf dem Kantonsgebiet ausgestossen werden. Tatsächlich machen diese aber nur 35% aller Emissionen aus, die der Kanton verursacht. Die restlichen Emissionen entstehen indirekt durch den Konsum von Importgütern aus dem Ausland. Im Plan werden zwar Sensibilisierungsmassnahmen bezüglich des Konsums angedacht, diese allein werden aber niemals dazu führen, dass zwei Drittel aller kantonal verursachten Emissionen wegfallen. Ausserdem führt die Ausklammerung von indirekten Emissionen dazu, dass Massnahmen wie beispielsweise die Förderung von Elektromobilität vorgeschlagen werden. Diese senken zwar die Emissionen, die direkt im Kanton anfallen, verlagern aber die deutlich höheren Produktionsemissionen ins Ausland. Dadurch wird das Problem nicht behoben, sondern nur die Verantwortung abgeschoben.

- Berücksichtigung der indirekten Emissionen bei der Budgetberechnung
- Berücksichtigung der indirekten Emissionen bei der Massnahmengestaltung

Netto-Null-Ziel

Der IPCC setzt sich das Ziel, die Erderwärmung unter 1.5° C zu halten. Das hat zwei Gründe. Erstens birgt eine Erderwärmung von mehr als 1.5° C die Gefahr, dass die Klimaerwärmung zum Selbstläufer wird, weil dadurch diverse Kippunkte ausgelöst würden, die zusätzliche Treibhausgase freisetzen.

Das 1.5 Grad-Ziel ist zudem eine moralische Abwägung: Wie vielen Menschen kann die Heimat und Lebensgrundlage genommen werden? Eine Erwärmung um 1.75 oder 2 Grad hat Folgen. Die Existenz von Millionen von Menschen würden aufgegeben werden, riesige Ökosysteme wie der Amazonas-Regenwald oder die Sahelzone zerstört. Das Risiko, dass die Klimaerwärmung unkontrollierbar wird, steigt mit einer derartigen Erwärmung massiv.

Um die Erderwärmung unter 1.5° C zu halten, ist, wie im IPCC Bericht dieses Sommers beschrieben, die weltweite Erreichung von Netto Null 2030 notwendig. Im AGD wird dieses Ziel aber ausdrücklich aufgegeben.

Die Schweiz hat sich im Abkommen von Paris dazu verpflichtet, früher als bis ins Jahr 2050 CO₂-neutral zu werden. Als Industrieland hat die Schweiz – wie bereits erwähnt – historisch mehr Emissionen verursacht als weniger entwickelte Länder.

- Konsequente Einhaltung des 1.5 Grad-Ziel und des Pariser Klimaabkommens
- Wahrnehmung der internationalen Verantwortung für Klimagerechtigkeit

Negativemissionen

Im AGD werden Massnahmen zur Entziehung von CO₂ aus der Atmosphäre in Erwägung gezogen, sogenannte Negativemissionstechnologien (NET). Es ist allerdings hochgradig fahrlässig, sich beim Klimaschutz auf solche Technologien zu verlassen. Es ist fragwürdig, ob wir überhaupt technologisch im Stand sein werden, der Atmosphäre CO₂ im nötigen Umfang zu entziehen. Pilotprojekte im Bereich CCS (carbon capture and storage) (carbon capture and storage) oder BECCS (bioenergy with carbon capture and storage) (Bioenergy with carbon capture and storage) verfehlen jährlich ihre Ziele: 2020 erreichten wir lediglich 2% der vor 20 Jahren prognostizierten Menge an CCS-Negativemissionen.

Auch forcierte natürliche Negativemissionen wie Aufforstung oder beschleunigte Verwitterung bringen Nachteile mit sich. Oftmals ist unklar, wie gross die Wirkung tatsächlich ist und teilweise werden mit den Projekten ganze Ökosysteme aus dem Gleichgewicht gebracht.

- Konsequente Prüfung von NET und deren Wirksamkeit
- Realistische Annahmen bei der Bilanzierung
- NET lediglich als Notlösung

Gebäude

Mit knapp einem Viertel der direkten kantonalen Emissionen ist der Gebäudesektor einer der bedeutendsten, der auch die mutigsten Massnahmen erfordert. In diesem Sektor werden Investitionen oft für viele Jahre getätigt, weswegen schnell und entschieden gehandelt werden muss. Die Massnahmen im AGD stützen sich hauptsächlich auf das revidierte Energiegesetz, welches aber bereits einige Mängel aufweist. Die 10 zu 90-Lösung lässt zu viel Spielraum und kann auch lediglich durch Erneuerung der Gebäudehülle erreicht werden. Zudem bezieht der AGD zusätzliche Regelungen aus dem revidierten CO₂-Gesetz ein, die jetzt fehlen. Diese müssen vom Kanton aufgefangen werden.

Die Förderung von Winterstromproduktion ist begrüssenswert, jedoch muss grundsätzlich die Energiegewinnung bei Gebäuden stärker gefördert werden.

Die im AGD beschriebenen Sensibilisierungsmassnahmen sind sehr wichtig. Damit ist ein wichtiger Schritt bereits getan. Hierzu gehört aber auch eine gute Kommunikationsstrategie, um die bevorstehenden Massnahmen der Bevölkerung näher zu bringen.

- Verbot von nicht erneuerbaren Heizungen bis spätestens 2030
- Verbot von ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen bis spätestens 2030
- Verstärkte Förderung der Energiegewinnung direkt am Gebäude

Verkehr

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist dringend notwendig. Auch die vorgeschlagene Stärkung des Schienengüterverkehrs betrachten wir als eine sinnvolle Massnahme.

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) wächst Jahr für Jahr und stellt somit die grösste Herausforderung im Sektor Verkehr dar. Ein genereller Ausbaustopp der Strasseninfrastruktur ist daher unumgänglich, denn bereits eine scheinbare Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur führt zu verstärktem Verkehrsaufkommen. Die effektivste Methode, um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren ist es, Autofahren weniger attraktiv zu gestalten.

Mit dem Bau von Strasseninfrastruktur gehen enorm hohe Emissionen einher, die beim AGD nicht berücksichtigt werden. Die momentane Verkehrsplanung entspricht schlicht nicht der zukünftigen Realität: Strassen, die jetzt erst geplant werden, dürften nach ihrer Fertigstellung gar nicht mehr benutzt werden, weil es zu diesem Zeitpunkt keinen motorisierten Individualverkehr im angenommenen Ausmass mehr geben darf. Ausserdem wird das dadurch eingesparte Geld für Klimaschutzprojekte frei.

Alternative Antriebssysteme stellen keine geeignete Alternative dar, da die Emissionen meist nicht eingespart, sondern lediglich in die Produktionsländer verlagert werden, oder die Technologien noch nicht massentauglich sind. Diese

Antriebssysteme sollten somit lediglich als Notlösung für Situationen gesehen werden, in denen keine Alternativen zur Verfügung stehen.

Des Weiteren soll der Kanton Druck auf den Bund für bessere Massnahmen ausüben und sich öffentlichkeitswirksam positionieren. Auch die Gemeinden haben bei der Verkehrspolitik viele Möglichkeiten, die indirekt durch den Kanton unterstützt und beeinflusst werden können.

- Genereller Ausbaustopp von Strasseninfrastruktur
- Sofortige und wirksame Reduktion des MIV
- Alternative Antriebssysteme im motorisierten Individualverkehr lediglich als Notlösung
- Einflussnahme auf nationale und kommunale Politik und öffentlichkeitswirksame Positionierung

Industrie

Die Förderung von innovativen Projekten und erneuerbarer Prozesswärme sind sehr wichtig, dürfen aber nicht die einzigen Massnahmen im Industriesektor sein. Einige wenige Grosseemittenten sind hauptsächlich für den Ausstoss im Industriesektor verantwortlich und müssen dementsprechend zur Verantwortung gezogen werden.

Bei der Bewilligung von Projekten ist Klimaschutz momentan meist nur ein untergeordnetes Kriterium. Dies führt dazu, dass bei Projekten im Nachhinein nachjustiert werden muss. Das muss sich ändern: Wir fordern, dass keine Projekte mehr bewilligt werden, die nicht mit den Klimazielen vereinbar sind.

Die Teilnahme am internationalen Emissionshandel kann dabei nicht als Scheinlösung fungieren. Wenn indirekte Emissionen im Ausland nicht berücksichtigt werden, können negative indirekte Emissionen im Ausland ebenfalls nicht berücksichtigt werden.

Einige Branchen sind kaum mit dem Netto-Null-Ziel vereinbar und viele Erwerbstätige stehen vor einer Umstellung. Hier braucht es Unterstützung in Form von Umschulungsprogrammen durch den Kanton.

Ausserdem mahnen wir erneut dazu, NET lediglich als Notlösung zu betrachten, da deren Tauglichkeit höchst fraglich ist.

- Grosseemittenten zur Verantwortung ziehen und Einforderung von konkreten Reduktionsplänen
- Klimaverträglichkeitskriterien bei der Bewilligung von neuen Projekten
- Umfassende Umschulungsprogramme

Landwirtschaft

Die vorgeschlagenen Massnahmen in der Landwirtschaft scheinen umfassend und gut austariert. Wir begrüssen die Ambitionen des Kantons und sehen auch die

Vorbildfunktion für andere Kantone. Die Negativemissionen durch Kompensation scheinen uns jedoch zu hoch angesetzt.

Besonders die Viehwirtschaft muss auf ein Niveau reduziert werden, das keine Verwendung von Ackerflächen für den Anbau von Viehfutter und keinen Import von Futter nötig macht. Da die Ackerflächen dadurch für die direkte Produktion von Lebensmitteln genutzt werden können, wird auch die Notwendigkeit von Lebensmittelimporten reduziert.

Durch Extremwetterereignisse kann es für Landwirtschaftsbetriebe zunehmend zu Erwerbseinbrüchen kommen. Hier muss der Kanton Hilfestellung bieten.

- Verstärkte Einplanung von Rückschlägen bei den Kompensationszielen
- Reduktion der Viehwirtschaft
- Unkomplizierte Hilfe bei Erwerbseinbrüchen

Tourismus

Die Massnahmen im Bereich Tourismus greifen zu wenig weit. Obwohl vieles bereits durch den Gebäude- und Verkehrssektor geregelt wird, sind weitere Massnahmen nötig.

Der Tourismus muss sich in Zukunft auf Reisende aus der Schweiz oder dem direkten Umland konzentrieren; dementsprechend sollte das Angebot gestaltet werden.

Die Anreise mit dem Auto erschwert werden, um die Anreise durch Langsamverkehr und ÖV zu verstärken. Der ÖV muss seine Kapazitäten entsprechend anpassen.

Die umfassende Beschneigung kostet wichtigen Winterstrom und Wasser, welches ebenfalls zur Winterstromproduktion benötigt wird.

Ein Urlaub bringt häufig einen höheren Konsum mit sich. Dieser sollte wo möglich reduziert werden, z.B. durch Sensibilisierungsmassnahmen

Auch in der Tourismusbranche kann es zu Verlust von Arbeitsplätzen kommen. Die davon betroffenen Arbeitnehmenden sind bei der Umschulung zu unterstützen.

- Ausrichtung auf Reisende aus dem In- und Umland
- Erweiterung der ÖV-Angebote für den Tourismus
- Massnahmen zur Reduktion des tourismus-bedingen MIV
- Reduktion der künstlichen Beschneigung im Winter
- Massnahmen zur Reduktion des Konsums von Reisenden
- Umschulungsprogramme für Erwerbstätige in der Tourismusbranche

Konsum

Die indirekten Emissionen, die der Konsum verursacht, stellen den grössten Sektor dar. Bereits bei der Budgetierung werden konsumbedingte Emissionen nicht einbezogen. Entsprechend schwach sind die vorgeschlagenen Massnahmen in diesem Bereich. Die Möglichkeiten des Kantons sind hier zwar nicht sehr umfassend, werden aber dennoch nicht voll ausgeschöpft. Handlungsbedarf besteht im Bereich der lokalen Produktion. Bei lokalen Produkten ist erstens der Transportweg deutlich kürzer als bei ausländischen Produkten, zweitens kann die Produktion kontrolliert und verbessert werden.

Ausserdem soll der Kanton national Druck ausüben und somit bessere Rahmenbedingungen herbeiführen wie beispielsweise die Erhebung eines CO₂-Zolls auf Importgüter oder die Pflicht eines Labels, das die Klimaverträglichkeit eines Produktes sichtbar macht.

- Einbezug der konsum-bedingten Emissionen bei der Budget- und Massnahmen-Bilanzierung
- Förderung von lokaler Produktion
- Einflussnahme auf nationale Politik

Energiewirtschaft

Der Kanton hat besonders bei der Stromproduktion eine gute Ausgangslage, die er als Chance nutzen kann, um erneuerbaren Strom in andere Kantone und Länder zu exportieren. Die Erstellung neuer Kraftwerke ist jedoch mit indirekten Emissionen verbunden.

Bei der Erstellung von Kraftwerken, im besonderen Photovoltaikanlagen, können bereits verbaute Flächen genutzt werden. Ein zusätzlicher Verbau ist somit meist nicht nötig und sollte vermieden werden.

Die Massnahme, dass dabei dem Klimaschutz in Zukunft mehr Gewicht zukommen soll, ist sehr wichtig und ein entscheidender Schritt.

Beim Stromverbrauch muss damit gerechnet werden, dass trotz Effizienzsteigerung ein starker Anstieg möglich ist, besonders aufgrund von Wärmepumpen, der Elektromobilität und dem Rebound-Effekt.

Die Herstellung von erneuerbaren Brenn- und Treibstoffen führt oft dazu, dass nicht konsequent aus fossil betriebenen Anlagen ausgestiegen wird, und muss daher kritisch betrachtet werden.

Die Wärmeerzeugung durch Verbrennung von Abfall wird in Zukunft schwieriger umzusetzen sein, da die Abfallmenge ohnehin stark abnehmen muss. Auch bei der Gasproduktion durch Biomasse werden oft Lebensmittelabfälle genutzt, was in Zukunft nicht mehr tragbar ist.

- Ausgangslage des Kantons bei der Stromproduktion als Chance nutzen

- Berücksichtigung indirekter Emissionen bei Abwägungen
- Vermehrte Nutzung bereits bebauter Flächen
- Mitberücksichtigung des steigenden Stromverbrauchs und des Rebound-Effekts
- Herstellung von erneuerbarem Brenn- und Treibstoffen nur als Notlösung
- Berücksichtigung der sinkenden Abfallmenge für die Energieerzeugung

Finanzplatz

Der Schweizer Finanzplatz ist für bis zu 95 % aller schweizerischen Emissionen verantwortlich. Die Klimafreundlichkeit der getätigten Investitionen wird nicht beachtet. Dadurch werden mit Schweizer Geld klimaschädliche Projekte und Firmen im In- und Ausland finanziert. Der Kanton Graubünden ist Hauptaktionär der GKB. Er wäre also in der Position, Forderungen zur Klimaverträglichkeit der Investitionen zu stellen.

Ausserdem sollte der Kanton auf nationaler Ebene Druck ausüben, um auch den Rest des Schweizer Finanzplatzes klimafreundlich zu gestalten.

- Reduktion der direkten und indirekten Emissionen durch Finanzflüsse der GKB bis 2030
- Einflussnahme auf nationalen Finanzplatz

Anpassungen an den Klimawandel

Wir begrüßen, dass Anpassungen an den Klimawandel im Plan nicht die Hauptrolle übernehmen. Die dazu vorgeschlagenen Massnahmen sind wichtig, es fehlen aber die bereits oben erwähnten Umschulungen für Erwerbstätige und Hilfestellungen bei klimabedingten Erwerbseinbrüchen. Ausserdem geht die gesundheitliche Belastung aufgrund von vermehrten Hitzesommern und auch die damit verbundene erhöhte Belastung durch Luftschadstoffe vergessen. Hinzu kommt, dass es in Zukunft zu grossen Flüchtlingsströmen kommen wird. Darauf muss sich der Kanton vorbereiten.

- Umschulungsangebote für klimaschutz- und klimawandel-betroffene Branchen
- Hilfestellungen bei klimabedingten Erwerbseinbrüchen
- Berücksichtigung der gesundheitlichen Belastungen durch die Klimakrise
- Massnahmen zur Aufnahme von Klimageflüchteten

Finanzierung

Die Finanzierung sollte grösstenteils über das ordentliche Budget des Kantons finanziert werden können. Eine Steuererhöhung ist nicht nötig. Weiter sollen hauptsächlich Lenkungsabgaben und Verbote eingesetzt werden.

Da der Plan momentan noch ungenügend ist und noch einige Bereiche unbeachtet blieben, muss insgesamt deutlich mehr Geld für den Green Deal gesprochen werden.

- Keine Steuererhöhung zur Finanzierung der vorgeschlagenen Massnahmen
- Fokus auf Lenkungsabgaben und direkte Verbote

Partizipation und Bildung

Der AGD plant keine Massnahmen im Bereich der Partizipation und Bildung ein. Um das Bewusstsein für den Umgang mit der Klimakrise zu steigern, besteht jedoch ein grosser Handlungsbedarf. In Schulen und Berufslehren muss der Aufklärung rund um Klima und Umwelt in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die getroffenen Massnahmen müssen schlussendlich von der ganzen Bevölkerung getragen und akzeptiert werden. Es ist daher notwendig, verschiedene Bevölkerungsgruppen einzubeziehen – und dies nicht nur durch einen Vernehmlassungsprozess.

- Aufklärung über die Klimakrise an Bildungseinrichtungen
- Aufklärung der Bevölkerung über die Klimakrise und den AGD
- Umfassende und vielseitige Partizipationsmöglichkeiten bei der Ausgestaltung und Rückmeldung zum AGD

Fazit

Der AGD wird so, wie er jetzt ist, nicht als Beitrag Graubündens zur Bekämpfung der Klimakrise ausreichen. Das CO₂- Budget ist aufgrund der Berechnungsgrundlagen und des bewussten Aufgebens des 1.5°C Ziels zu gross. Ausserdem sind die beinhalteten Negativemissionen kein verlässliches Mittel zur Eindämmung der Klimakrise.

Deswegen fordert der Klimastreik Graubünden deutlich schnellere und strengere Massnahmen, die Netto Null 2030 und somit ein Aufhalten der Klimakrise möglich machen. Zusätzlich ist es unumgänglich, das Budget neu zu berechnen. Nur gut einen Drittel unserer Emissionen zu betrachten, ist schlicht realitätsfern.

Um tatsächlich zielführenden Klimaschutz zu betreiben, sollte zudem mehr Geld zur Verfügung stehen. Die 1.8 Milliarden über 30 Jahre hinweg sind im Vergleich mit den 2.8 Milliarden, die innerhalb eines Winters für die Ausrichtung der Olympiade aufgewendet worden wären, schlicht lächerlich.

Wir können es uns nicht erlauben, die Wissenschaft weiterhin zu ignorieren. Bereits jetzt hängt das Erreichen der Klimaziele und damit das Leben von tausenden Menschen, die Existenz zahlloser Ökosysteme und Tier- und Pflanzenarten, die Sicherheit unserer Lebensmittelversorgung, unsere Gesundheit und die Stabilität unserer Wirtschaft und Gesellschaft an einem seidenen Faden. Es ist schlichtweg selbstzerstörerisch, diesen Faden durch Aufschieben, Symbolpolitik und halbherzige Massnahmen noch dünner werden zu lassen. Der Plan, der Graubündens Beitrag zum Kampf gegen die Klimakrise sein soll, muss alles in seiner Macht stehende tun, um diese auch wirklich aufzuhalten!